

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vormwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Hermann-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 2508-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kundgebung für den Frieden.

Deutsch-französische Verständigung.

Mittw., 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Stadtpark fand am Sonntag vormittag eine große Kundgebung der französischen und deutschen Friedensfreunde gegen Revanche und Gewaltpolitik und für Bülterverständnis statt. Eine riesige, aus vielen Tausenden bestehende Menschenmenge deutscher und französischer Staatsangehöriger nahm an der eindrucksvollen Kundgebung teil. Der Gedanke der deutsch-französischen Verständigung beherrschte die Versammlung, die von der deutschen und französischen Liga für Menschenrechte einberufen war. Ihre Unterstützung hatten zugezogen die Demokratische und die Sozialdemokratische Partei, der ADGB, der KZ-Bund und der ADP, der Deutsche Beamtenbund, der Reichsbund der Kriegsbefähigten und der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit. Als Redner waren gewonnen: Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Breitscheid, der Präsident der französischen Liga für Menschenrechte Buisson, Genosse Grumbach-Paris, Prof. Dr. Strecker-Sena und Prof. Gumbel-Heidelberg.

Breitscheid, der begeistert empfangen wurde, erklärte, daß seine Reise nach Paris lediglich den deutschen Gefangenen und Ausgewiesenen gegolten habe, und zog eine Parallele zwischen dieser Kundgebung und dem französischen Nationalfest am 14. Juli. Gumbel unterstrich in seiner Rede, daß

Patriotismus nicht eine perverse Liebe zum Ausland, sondern die wahre Vaterlandsliebe

sei, die die kommende Generation vor den Schrecknissen eines Krieges bewahren solle. Die Schwierigkeiten, die Herriot in seiner Politik entgegenstehen, seien zum Teil auf die nationalistische Einstellung in Deutschland zurückzuführen. Dr. Strecker erhob die Forderung, daß in Deutschland eine ehrlichere, demokratischere Politik getrieben werden müsse und erinnerte an die gemächtesten großen Vorkämpfer des Friedens und Versöhnungsgedankens, Jaurès, Matteotti und Rathenau. Grumbach gemahte an die wärmende Stimme von Jaurès, die heute lauter töne als je. Eine feierliche Stille herrschte, als Grumbach die vieltausendköpfige Menge aufforderte,

zum Gedächtnis der Toten des Krieges eine Minute Stillschweigen zu bewahren. Die Versammelten entließen zu Ehren der Gefallenen des Weltkrieges ihr Haupt und dieser Augenblick bedeutete den Höhepunkt der Kundgebung. Dann erklärte Grumbach, daß er bei der Zusammenkunft zwischen Herriot und Breitscheid zugegen gewesen sei und bezeugen könne, daß Breitscheid als wahrer Freund seines Vaterlandes beim französischen Ministerpräsidenten eingetreten sei für die bedrängte Bevölkerung des Rheinlandes und vor allem für die Gefangenen und Ausgewiesenen. Nicht nur der Toten müsse man gedenken, sondern auch der Lebenden; die Hege, die seit einiger Zeit gegen Breitscheid getrieben wird, könne allzu leicht zu furchtbaren Folgen führen.

Am Schluß der Kundgebung wurde folgende Entschließung angenommen:
Die vielen tausend am 13. Juli 1924 im Stadtpark in Paris versammelten deutschen und französischen Bürgerinnen und Bürger begrüßen die Bestrebungen zur Erhaltung des Friedens. Die Geschichte lehrt, daß die Anwendung von Gewalt immer aufs neue wieder Gewalt erzeugt. Allein in der friedlichen Zusammenarbeit liegt die Gewähr für das Gedeihen der Menschheit wie für das Wohl des einzelnen. Die

Freundschaftliche Verständigung zwischen den beiden großen Republiken Deutschland und Frankreich

ist eine der wesentlichsten Vorbedingungen zur Schaffung des allgemeinen Friedens. Die Erfüllung der gerechtfertigten Reparationsforderungen der französischen Republik und die Achtung der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit und Einheit der deutschen Republik werden beiden Ländern jene Sicherheit geben, auf die die beiden Völker Anspruch haben, und werden den Nationalismus heben und drüben zum Erlöschen bringen. In diesem Sinne demonstrieren die Vertreter der beiden Völker hier für die Erhaltung des Friedens.

Neben Buisson und Breitscheid.

Bei der deutsch-französischen Friedenskundgebung am Sonntag, an der sich etwa zehntausend Menschen beteiligten, führte als erster Redner der greise Präsident der französischen Liga für Menschenrechte, Ferdinand Buisson u. a. aus: Es sei für ihn am Ende seines Lebens eine ganz besondere Freude, dieser Kundgebung beiwohnen zu können. Deutschland und Frankreich sind nicht dafür geschaffen, daß sie ewigen Haß nachjagen und sich in ewigen Hader zerreiben. Wir sind hierhergekommen, um zu proklamieren, daß uns die Stunde endgültig gekommen scheint, in der sich entscheidende Veränderungen in den Beziehungen der Menschen vollziehen müssen. Bisher hat es immer nur ein Mittel gegeben, um die unvermeidlichen Konflikte im Leben arder Völker auszufragen. Das war die Entscheidung durch die Waffen. Das menschliche Gewissen will nicht mehr dulden, daß im Leben der Völker eine andere Moral gelten soll, als im Leben der Einzelnen. Diese Idee ist zum ersten Male zum Ausdruck gekommen, im ersten Teil des Versailler Vertrages in den Bülterbündelschungen. Die etwa 400 Artikel dieses ersten Teiles sind von anderem Geiste diktiert, als die folgenden Teile des Vertrages. Der

Kampf für die Idee des Bülterbundes

hat seinen ersten Verkünder lange Zeit Hahn und Spott eingetragen. Unendlich schwer war es, aber die Idee hat sich trotzdem die Welt erobert. Denn man wagte nicht, den ersten Teil des Friedensvertrages zu streichen, als man die anderen Teile schrieb. Wenn wir

für die Bülterverständigung

kämpfen, so verlassen wir damit nicht die Interessen unseres eigenen Vaterlandes. Es gibt etwas, so schön Bouillon unter nicht endemüllenden Beifallsstürmen, was höher steht als Frankreich und Deutschland, das ist die Menschheit.

Das erste Wort, so begann darauf

Genosse Dr. Breitscheid seine Rede, das ich hier als Deutscher zu sagen habe, ist ein Wort des Dankes und der Bewunderung für Ferdinand Buisson, der sein ganzes langes, arbeitsreiches Leben in den Dienst des Kampfes für das Recht im Leben der Völker gestellt hat. Wir befinden uns zurzeit ein wenig in der Rolle der ersten Verkünder des Christentums. Wir haben eben mit denen zu tun, die haben und drüben an unserem Tun Vergernis nehmen, die den Gedanken nicht aufgegeben haben, daß nur die militärische Stärke den Wert der Völker ausmache. Sie zeihen uns der Feigheit und Verräterei. So erging es mir nach meiner letzten Pariser Reise. Sowohl die deutschen wie auch die französischen Nationalisten haben meine Absichten verdächtigt.

Es gibt nichts Internationaleres als den Nationalismus.

Ohne die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich gibt es keinen Frieden in Europa. Was ist unsere Aufgabe? Einander verstehen und in Gemeinsamkeit handeln. Wir Deutschen haben die Pflicht, Frankreich zu verstehen, wir haben nicht zu vergessen, daß es in Frankreich ein durch den Krieg zerstörtes Gebiet gibt, das nahe bis an Paris heranreicht. Wir haben nicht zu vergessen, daß Frankreich zwar Sieger war, aber trotzdem schwer unter dem Folgen des Krieges leidet. Das französische Volk steht unter dem Eindruck, daß Deutschland nach einer Revanche strebt. Über Frankreich soll auch Deutschland verstehen. Die Mehrheit des deutschen arbeitenden Volkes ist friedensliebend. Wenn es in Deutschland eine stärkere nationalistische Strömung gibt, so ist das zum Teil die Folge einer Vorkammerer alten Erziehung. Deutschland hat leider noch nicht die Jahrhunderte alte republikanische und demokratische Tradition wie Frankreich. Andererseits hat der französische Nationalismus einen großen Teil Schuld, daß der deutsche Nationalismus trotz der bitteren Kriegserfahrungen wieder erstarbt ist. Man verstehe uns also auch in Frankreich. Die französische Politik, die heute nicht mehr die Politik Poincarés ist, möge uns helfen, daß

Die Verständigung nicht nur ein Wort ist, sondern Wirklichkeit wird.

Wir haben von dem neuen französischen Ministerpräsidenten Handlungen erfahren, die zeigen, wie ernst er es meint mit der Schaffung einer anderen Atmosphäre. Wir hoffen, daß niemand mehr von den Beurteilungen aus dem Ruhrkrieg im Gefängnis bleibt und daß allen Ausgewiesenen die Rückkehr ermöglicht wird. Wir hoffen auf eine Verständigung in London, nicht auf ein neues Diktat, sondern auf eine Verständigung durch Beratung zwischen allen Beteiligten. Morgen, am 14. Juli, begeht Frankreich den Gedächtnistag des Sturmes auf die Vostille.

Es gilt, eine neue Vostille zu stürmen, die des Hasses und des Glaubens an die Macht der Waffen.

Diese Vostille kann nur bezwungen werden durch internationales Zusammenarbeiten der Demokratien. (Stürmischer Beifall, insbesondere auch bei den französischen Teilnehmern der Kundgebung.)

Von einer zweiten Tribüne sprachen Professor Dr. Strecker, Genosse Grumbach-Paris, Präsident Eschirn-Wiesbaden und Fräulein Bannasch-Wiesbaden. Nach einer weiteren kurzen eindrucksvollen Rede von Dr. Gumpel-Heidelberg, sprach Grumbach das Schlusswort, wobei er das Andenken von Jaurès und die Toten des Weltkrieges feierte.

Konferenz-Konfliktstoffe.

London, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Delegationen zur Londoner Konferenz sind alle unterwegs. Am Dienstag abend werden die letzten in London erwartet, da die Konferenz am Mittwoch vormittag 11 Uhr im Auswärtigen Amt eröffnet wird. Die Zusammenkunft der Delegationen wird in der Presse viel kommentiert. Sehr bedauert wird, daß Mussolini der Konferenz fern bleibt und daß keine Person in der letzten Zeit, bis in die konfessionellen Kreise Italiens, schwer kompromittiert worden ist. Die Teilnahme Seydoux an der französischen Delegation wird als wichtiges Ergebnis des französischen Systemwechsels bezeichnet. Die Aufgabe der Konferenz bleibt ausdrücklich auf die Durchführung des Sachverständigengutachtens beschränkt. Jedoch läßt die Teilnahme Kollets an der französischen Delegation darauf schließen, daß Frankreich auch die militärische Sicherheitsfrage anschnitten will.

Die Hauptschwierigkeit der Verhandlungen bleibt die Bestimmung des Organs, das die etwaigen deutschen Vorschläge feststellen soll. Das Pariser Kompromiß läßt den Charakter der Stellung des amerikanischen Sachverständigen in dieser Frage noch völlig offen. Nach der Meldung Macdonalds soll der Amerikaner schon im Falle mangelnder Einstimmigkeit der Reparationskommission zugezogen werden, während Frankreich keine Zuziehung im Falle der Stimmengleichheit wünscht. Offen bleibt ebenfalls die Frage, wer bei eventuellen deutschen Vorschlägen die Straßmaßnahmen vollziehen soll. England wünscht keinesfalls, Frankreich freie Hand zu lassen, dazu ist das Ruhrabenteuer zu stark in der englischen Erinnerung. Möglicherweise ist das ganze Pariser Kompromiß undurchführbar, da die Londoner Banken, die mit den amerikanischen Finanzleuten den Hauptteil der deutschen Anleihe tragen werden, die Mitwirkung der Reparationskommission in jeder Form als mit ihren Sicherheiten für unvereinbar erklären.

Ungelöst ist ferner die Frage der Zulassung Deutschlands. Die englische Regierung ist entschlossen, die Methode der Ultimaten und Diktate nicht mitzumachen und weigert sich, Deutschland nach dem Versailler Muster lediglich vor ein ja oder nein zu stellen.

Macdonalds Kompromiß.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

London, 12. Juli. Das offizielle, nach Beendigung der Pariser Besprechungen ausgegebene anglo-französische Bulletin und die Erklärungen Macdonalds im Unterhaus, die im wesentlichen eine Wiederholung und Unterfretung jener amtlichen gemeinsamen englisch-französischen Kundgebung darstellen, haben den letzten Schleier von den Besprechungen Macdonalds mit Herriot noch nicht gezogen. Es bleibt bis zur Unterhausdebatte am Montag, die hoffentlich volle Klarheit bringen wird, das von der „Times“ festgestellte „Moment der Undurchsichtigkeit“. Trotdem kann schon jetzt wenigstens festgestellt werden: Die Besprechungen in Paris haben jenen Wust von Mißverständnissen, die sich wie ein Wall nach den Verhandlungen in Chequers zwischen Paris und London geschoben hatten, getilgt. Die unsachlichen Elemente der ersten Verwirrung sind ausgelöscht.

Dafür sind aber in Paris vom ersten Augenblick der Besprechungen an die sachlichen Gegenstände mit einer Macdonalds Erwartungen weit übertreffenden Schärfe in Erscheinung getreten. Sie waren in Chequers, in der Atmosphäre einer rein persönlichen Aussprache zweier Männer, die sich persönlich ausgezeichnet verstanden, nicht vorhanden.

Zwischen Macdonald und Herriot gab es tatsächlich keine sachlichen Gegenstände, wohl aber zwischen England und Frankreich. Herriot konnte mit gutem Gewissen „völlige Übereinstimmung“, wie es in der französischen Version des Chequers-Kommuniqués hieß, verkünden. Denn damals konnte Herriot, der Sieger vom 11. Mai, tatsächlich noch glauben, seine persönlichen Auffassungen und Meinungen über die Fragen der auswärtigen Politik seien Frankreich, wie die Macdonalds Großbritannien. Inzwischen aber hat sich gezeigt, daß der Vorstehende eines von einer parlamentarischen Mehrheit getragenen Ministeriums auch nicht annähernd so im Namen seiner Nation zu sprechen berechtigt war, wie es der Premier der Minderheitsregierung Macdonald in allen Fragen der auswärtigen Politik vermag.

Es erwies sich in den Tagen seit der Zusammenkunft in Chequers, daß Herriot nur dann und nur so weit ungestrukt im Namen Frankreichs sprechen konnte, als er ein gerüstet volles Maß von Konzessionen an das Frankreich des siegreichen Krieges, der Furcht vor Deutschland und des Buchstaben von Versailles zu machen sich bereit fand. Macdonald fand, daß Herriots Stellung weit davon entfernt war, durch die neue, in Chequers eingeleitete Politik befestigt zu sein, er fand sie von außen und innen unterminiert. Damit sah er sich genötigt, entweder seine Forderung nach Erziehung der Reparationskommission durch eine neue, international zusammengesetzte Körperschaft aufrechtzuerhalten und damit Herriot zu stürzen oder aber gegenüber der von einem größeren Teil der französischen Nation erhobenen Forderung nach Beibehaltung der Reparationskommission zurückzujucken. Entweder alle hoffnungslosen Ansätze einer neuen europäischen Politik mit einem Schlage zu vernichten oder aber in einer Frage zweiten Ranges, wenn auch von größter grundsätzlicher Bedeutung nachzugeben und mit dem Ministerium Herriot die Konferenz und damit das Gutachten zu retten — das war die Frage.

Man darf die ganze Schwere der Entscheidung, vor die sich Macdonald gestellt sah, sobald er diese Lage in Paris feststellte, nicht unterschätzen. Es war für ihn die ernsteste Entscheidung seit jenen für ihn so schicksalsschweren Augusttagen, als er sich gegen den Krieg entschied. Er sah mit einem Male eine Frage, die für ihn persönlich von größter grundsätzlicher Bedeutung war, zu einer allfälligen Frage werden. Denn es war für ihn persönlich tatsächlich eine grundsätzliche Frage, ob er an der Wiederherstellung der Macht der Reparationskommission mitarbeiten konnte. Seine ganze Vergangenheit wehrte sich dagegen, daß er, der Gegner des Versailler Vertrages, der ganzen „Entente-politik“, der seit 1919 von den Alliierten betriebenen Außenpolitik seine Hand dazu reichen sollte, die Reparationskommission, die für ihn insbesondere mit dem Fluche der Verantwortung für den Ruhrmarsch beladen ist, mit dem Neuen, das angebahnt wurde, im Keime zu verknüpfen. Sieht er doch mit der Mehrheit des englischen Volkes im Sachverständigenplan, im Gegensatz zu Frankreich, den ersten wirklichen Schritt aus dem Bahnsum von Versailles heraus.

Aber die objektive politische Lage, der er sich in Paris gegenüberfand, war so zugespitzt, daß er seiner Vergangenheit in diesem Augenblick untreu werden mußte, um die von ihm mit einem beinahe religiösen Fanatismus erstrebte Aussicht auf eine europäische Regelung nicht mit einem Schlage zu zerflören. Er konnte ein Prinzip retten und mußte zwangsläufig Europa gefährden, er konnte Europa vor einer Krise retten und das Prinzip gefährden. Er hat Europa gewählt und nachgegeben.

Die Autorität der Reparationskommission bleibt im Grunde unangetastet. Aber er hat als Kompromiß von französischer Seite das Zugeständnis erreicht, daß für den Fall einer Beratung über abschließliche deutsche Vorschläge ein Amerikaner in die Reparationskommission einbezogen werden muß. Das würde praktisch allerdings, und das ist nicht wenig, die französisch-belgische Majorität in der Reparationskommission brechen. Aber es ist nach dem Stande der Dinge keineswegs ausgemacht, ob die Amerikaner, die bekanntlich 1920 aus der Reparationskommission ausgetreten

find, eine solche Aufforderung annehmen werden. Hier sind immerhin noch ernste nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten möglich. Die drohende Krise ist jedenfalls vermieden. Und was das bedeutet, das ist der europäischen Öffentlichkeit nur deshalb nicht in seiner ganzen Schwere klar geworden, weil die Krise praktisch schon behoben war, als eben der Umfang der Gefahr in den Köpfen zu dämmern begann.

Das muß man besonders in Deutschland erkennen, um nicht ungerecht zu werden. Niemand wird es verwehrt werden können, zu bedauern, daß es Macdonald nicht gelang, vorher der französischen Zustimmung zur Mitwirkung eines amerikanischen Sachverständigen auch noch die völlige militärische Räumung der Ruhr durchzuführen. Das wird auch in den Kreisen der Arbeiterpartei so tief beklagt, wie nur irgendwo in Deutschland. Aber niemand, der nur ein wenig Anspruch auf ehrliche Gesinnung erhebt, wird es wagen dürfen, Macdonald des Betrugs an Deutschland anzuklagen. Hätte er abgelehnt, das Kompromiß einzugehen, so hätte das den Sturz Herriots bedeutet, die Londoner Konferenz wäre ins Wasser gefallen, die Durchführung des Sachverständigengutachtens auf einen unbestimmten Termin verschoben worden.

Verschleierungsversuch in der Zollfrage.

Bedenken und Ueberlegungen des Zentrums.

Das Wesen des von der Regierung fertigestellten Schutzzollgesetzes steht fest: es ist ein auf lange Frist berechnetes Geschenk für die Agrarier, das im Zusammenhang mit der Reparations- und Stabilisierungsgebung durchgebracht werden sollte. Ein Ueberfall auf die Interessen der Massen und zugleich ein Täuschungsversuch: denn man hat eine vorübergehende, zeitlich begrenzte Agrarkrise zum Anlaß genommen, um die deutsche Außenhandelspolitik für die Dauer auf das Schutzzollsystem festzulegen.

Unter dem Druck des öffentlichen Protestes gegen den Zollüberfall bemüht sich die Regierung, das Wesen ihres Gesetzentwurfs zu verschleiern. Sie will nun etwas ganz anderes gewollt haben! Das ist die Linie, auf der der Reichskanzler den Regierungsentwurf zu verteidigen gedenkt. Die „Germania“ unterstützt diese Linie:

„Aus der Rede des Reichskanzlers geht hervor, daß für ihn der Schutzzollgesetzentwurf keine *Conditio sine qua non* (unerlässliche Voraussetzung) ist. Es kommt ihm lediglich darauf an, der Landwirtschaft und der deutschen Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit zu helfen, und er überläßt es den wirtschaftlichen Fähigkeiten der parlamentarischen Körperschaften wie auch der öffentlichen Diskussion, wenn möglich, besseres an die Stelle des Schutzzollgesetzentwurfes zu stellen.“

Diese Stellungnahme des Reichskanzlers ermöglicht es der „Germania“, ihre eigenen Bedenken gegenüber der Zollvorlage vorzubringen:

„Es wäre beispielsweise im gegenwärtigen Augenblicke wohl zu bedenken, daß der Landwirtschaft sicherlich weitgehend geholfen wäre, wenn die Kreditnot behoben würde und weiterhin der Landwirt für seine Produkte die Preise bekäme, die der Städter zahlen muß. Es ist wichtiger, einen volkswirtschaftlich überflüssigen und die Massen unnützlich vertuernden, Zwischenhandelsstand zu beseitigen, als das ganze Volk mit Preissteigerungen zu belasten. Man kann ferner fragen, ob nicht die durch einen Schutzzoll erreichten Preissteigerungen zum größten Teile vom Zwischenhandel, in dessen Kreisen die Raffinierteren sitzen, absorbiert werden. Es wäre auch zu prüfen, ob ein Schutzzoll überhaupt Sinn hat, solange die Inlandspreise unter den Weltmarktpreisen sind. Man kann durchaus wünschen, daß die Landwirtschaft zu ihrem Recht kommt, und doch oder gerade deshalb fragen, ob unter den gegenwärtigen Umständen ein Schutzzoll das rechte Mittel dazu ist, ob nicht im Gegenteil die Landwirtschaft selbst über die endgültigen Auswirkungen des Schutzzolles enttäuscht sein wird. Es bedarf zudem gründlicher Ueberlegungen, um im Einzelfalle festzustellen, ob, wenn nicht mit

absoluter Gewißheit, so doch mit größter Wahrscheinlichkeit, ein Zoll nicht nur einem einzelnen Wirtschaftszweige zugute kommt und für die gesamte Volkswirtschaft auch auf die Dauer kein Ruhm zu herausbringt.“

Diese Ueberlegungen vor der Ausarbeitung des Schutzzollgesetzes anzustellen, wäre die Pflicht der Regierung gewesen, und nicht minder die Pflicht der Regierungsparteien. Regierung und Regierungsparteien haben gewußt, daß ein Ueberfall mit einem Schutzzollgesetz den schärfsten inneren Kampf hervorrufen würde — sie haben ihn trotzdem vorbereitet, bewußt als Kampfobjekt vorbereitet. Für ein derartiges Gesetz trägt die Regierung in ihrer Gesamtheit mit den Regierungsparteien die volle Verantwortung.

Wenn der Reichskanzler sich von öffentlicher Diskussion bessere Mittel zur Lösung der Agrarkrise verspricht, so hätte er die Diskussion herbeiführen sollen, ehe die Regierung in aller Heimlichkeit den Zollüberfall vorbereitete. Im übrigen liegen von allen Seiten andere Vorschläge zur Behebung der augenblicklichen Agrarkrise vor, so daß die Regierung wahrhaftig nicht gezwungen war, eine radikale Neuorientierung der deutschen Handelspolitik als technisches Mittel zur Behebung einer vorübergehenden Krise vorzuschlagen.

Nun möchte die Regierung die Diskussion auf das sachliche Gebiet der Behebung der gegenwärtigen Agrarkrise begrenzen, um davon abzulenken, daß sie unter dem Vorwand der technischen Abhilfe für die gegenwärtige Krise einen politischen Vorstoß ersten Ranges gegen die arbeitenden Massen unternommen hat. Diesen Tatbestand wird die Sozialdemokratie weder verweihen lassen, noch wird sie dulden, daß die gegenwärtige vorübergehende Agrarkrise mit Mitteln bekämpft wird, die zu einer Schädigung von Währung und Wirtschaft, und zu einer dauernden Belastung des Volkes führen.

Am 14. Juli (Ill.) die sozialdemokratische Partei hatte eine Betriebsraterversammlung einberufen, in der Reichstagsabgeordneter Sollmann eine Rede hielt. Danach wurde eine Entschließung angenommen, in der die geplanten Zölle zum Schutz für die Landwirtschaft als eine der schweren politischen Folgen der Reichstagswahlen vom 4. Mai bezeichnet werden. Die Entschließung nennt sie eine politische Entwicklung nach rechts und einen Sieg des politischen Rücktritts. Die Versammlung erwartete von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unterschiedenen Kampf gegen die hochschutzzöllnerische Politik und verlangte die Aufrollung der gesamten Frage, wie die Lasten des Sachverständigengutachtens getragen werden sollen.

Zentrum und Bayerische Volkspartei.

Die Einigungsverhandlungen zwischen dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei veranlassen das pfläzische Zentrum, vor einem faulen Kompromiß zu warnen. Der Vorstand der Zentrumspartei der Pfalz erläßt eine Rundgebung, in der es heißt, daß eine Einigung der beiden Parteien nur möglich sei, wenn die Bayerische Volkspartei zur Zentrumspartei wieder zurückkehrt. Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, müsse versucht werden, immer mehr Katholiken an die Zentrumspartei zu fesseln.

Die in Hof erscheinende „Börsche Presse“ wurde von dem Staatskommissar für Mittelfranken am 17. Juli eingekesselt, wegen eines Artikels verboten, der sich mit dem Verbot des „Börschen Echo“ in Nürnberg befaßte.

Die im Steffener Brach-Prozess wegen Mordes zum Tode verurteilten Schuponschmiedler Kraws und Engeler haben durch ihren Verteidiger gegen das Urteil Revision einlegen lassen.

Bei der diesjährigen Verfassungsfeier am 11. August im Reichstag wird auf Wunsch des Reichspräsidenten der jetzige erste Bürgermeister von Hamburg, der bekannte frühere Führer der demokratischen Reichstagsfraktion, Dr. Peterßen, die Festrede halten.

Der Auffstand in Sao Paulo scheint trotz der brasilianischen Regierungsmeldungen erfolgreich weiterzugreifen.

Stunde zerhackt wurde, rauschen Stunden in einem zeitlosen Rauschen und keine kleinliche Sorge zerfällt in einem juchzenden Abgrund.

Dies ist der Aufstieg der ersten Ferientage, in einer hohen dünnen Luft. Dann senkt sich die Stimmung, sinkt allmählich wieder talwärts. Das Gefälle des Gefühls strömt langsam ab. Das reizvoll Ungewohnte beginnt bereits zur kisen Gewöhnung zu werden; in die sich bisweilen die Sehnsucht nach der uralten fortgeschraubten Gewohnheit des Alltags einschleicht. Und in den letzten flatternden Tagen vor der Rückreise stoßen die Gedanken schon wieder heftig und unbestimmt an das Heim, an die Gespinste der täglichen Arbeit, der Mühsal der zurückgelassenen Sorgen, die ebenso geliebt werden wie die kleinen Freuden der Häuslichkeit. Erstamts erkennt der Flüchtling, daß er kein Haus, welches er doch in diesen Wänden verschüttet wollte, das er manchmal nur in tiefen Tälern als winzig bunten Kasten zu erblicken glaubte, daß er dieses unbequeme Haus die ganze Zeit auf seinem Rücken getragen hat wie eine gute Schnede und mit einem Vöcheln, das durch viel Sonne etwas trägiger und geduldiger geworden ist, beginnt er von neuem sein Werk.

Ferien, auch ihr eine liebliche Täuschung des Menschen, der hofft, sich zu entrinnen, in immerjüngere Schwingungen und Flügen und der doch niemals der jarten Hülle seines Wesens entweicht, die ihn hemmt, schützt und bildet.

Ein nationalliberaler „Salon“.

Seitdem die Presse infolge der Marktabstimmung wirtschaftlich zu gesunden beginnt, warten die Zeitungen auch wieder mehr und mehr mit illustrierten Beilagen auf. Die großen Berliner Blätter leisten sich bereits eigene Bilderbeilagen, und je nach der kapitalistischen Leistungsfähigkeit des betreffenden Zeitungsverlags (oder seiner Hintermänner) gewinnt oder verliert auch das bunte Blatt an künstlerischer Gediegenheit.

Die „Berliner Börsen-Zeitung“ ist das Organ der neu erstehenden nationalliberalen Partei und kann sich bei dieser finanziellen Rückendeckung ihre Bilderbeilage allerhand leisten. Sie gibt deshalb schon zwei solche bunte Blätter heraus. Das eine dient, wie üblich, den aktuellen Tagesereignissen. Das zweite hat hochkünstlerischen Illustrationen und literarischen Charakter und drückt seine eigentliche Bestimmung durch seinen Titel „Für den Salon“ aus.

Sonderbar, was für geistliche Interessen in diesem Salon der Herren von der Schwerindustrie gepflegt werden! Gewiß ist jede politische Tendenz streng ausgeschlossen. Aber wie kommen Leute wie Max Jungnickel oder ausgerechnet der Arbeiterdichter Max Barthel in diesen Salon?

Des Rätsels Lösung ist überraschend. Die „Börsen-Zeitung“ nimmt ganz einfach die erste Hälfte der hübschen Zeitschrift „Bimbi“, fügt ihr in der Mitte noch ein Blatt ein, gibt dem Ganzen einen neuen Titel und setzt des Blattes ihren Befehl als eigenes Erzeugnis vor. So gelangt Max Barthel — er mag wollen oder nicht — in einen gemeinsamen Mitarbeiterkreis mit dem Vortariffier August Winnig, dem Herold der „nationalen Arbeiter“. Und die Damen

Konferenz der Kleinen Entente.

Für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Prag, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Außenminister der Kleinen Entente, Benesch-Prag, Duca-Bukarest und Rintschitsch-Belgrad, haben ihre Konferenz beendet. Sie ist offenbar im besten Einvernehmen verlaufen. In der Frage der Anerkennung der russischen Sowjetregierung ist beschlossen worden, daß alle Länder volle Entscheidungsfreiheit haben, ob sie anerkennen wollen oder nicht. Der tschechische Außenminister Benesch nahm Gelegenheit, seine Begehrung für den Völkerbund auszusprechen; er stimmte auch prinzipiell dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu. Allerdings müßten vorher alle zwischen Frankreich und Deutschland bestehenden Streitfragen beseitigt sein, damit nicht dieser Streit auch in den Völkerbund hineingetragen werde. Auch der rumänische Außenminister erklärte sich ähnlich.

Günstige Wirkung der Kanzlerrede.

Paris, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die ungünstige Aufnahme, die die französisch-englische Note vom 9. Juli und mehr noch die Erklärungen Herriots im Senat bei einem großen Teil der deutschen öffentlichen Meinung gefunden haben, löst hier in Paris ein nicht minder unerfreuliches Echo aus, und es ist ernstlich zu befürchten, daß auf diese Weise die Entgiftung der Atmosphäre, die als erfreulichstes Ergebnis des Regierungswechsels in Frankreich zu verzeichnen war, durch eine gegenseitige Verstimmung erneut gefährdet wird. Man wird in Deutschland der Last der Rechnung tragen müssen, daß Herriot durch die Rückfichten, die er auf eine nicht nur ziffermäßig sehr starke, sondern auch ungewöhnlich gutorganisierte und außerordentlich geschickt arbeitende Minderheit zu nehmen gezwungen ist, zuweilen zu Unwegen genötigt ist, um die von ihm gewollte Politik durchzuführen.

Sehr glücklich haben die Erklärungen des Reichskanzlers am Sonnabend hier in Paris gewirkt, um so mehr, als gewisse Artikel der rechtsstehenden Blätter und vor allem auch der „Zeit“, deren Auslassungen hier unterschiedslos als offiziös angesehen werden, eine neue starke Spannung erzeugt hatten. Zu den Erklärungen des Kanzlers schreibt der „Temps“: Nach den Erklärungen Streimanns und nach den Ausführungen seines offiziellen Organs mußte man annehmen, daß Deutschland die zur Durchführung des Dawes-Planes erforderlichen Gesetze nicht verabschieden werde, bevor nicht Frankreich sich verpflichtet hat, seine Truppen aus der Ruhr zurückzuziehen. Zu gleicher Zeit ließen Andeutungen englischer Blätter darauf schließen, daß die Londoner Finanz nicht daran denke, sich an der internationalen Anleihe zu beteiligen, wenn Frankreich nicht die von ihr geforderten Zusicherungen hinsichtlich der Ruhr und Sanktionspolitik gegeben habe. Das alles sah fast so aus, als ob ein Druck auf Frankreich ausgeübt werden sollte. Wesentlich erfreulicher ist die gestern vom Reichskanzler geprägte Formel, wonach Deutschland lediglich die lokale Erfüllung des Sachverständigengutachtens durch alle Beteiligten verlange. Dazu ist man in Frankreich in jeder Hinsicht bereit, und es hat dafür durch die Freilassung der Gefangenen und durch die Aufhebung der Ausweisungen bereits einen Beweis geliefert. Deutschland aber hat in dieser Richtung bisher nichts getan. Unter diesen Umständen kann es auch von Frankreich nicht verlangt werden, daß es etwas verspreche, was im Sachverständigenbericht nicht gefordert ist. Nach Auffassung aller Anhänger einer Verständigung würde die französische Regierung einen schweren Fehler begehen, wenn durch ihre Schuld die Durchführung des Dawes-Planes scheitern sollte; wenn dies aber durch die Schuld anderer geschehen sollte, dann ist nicht Frankreich das Land, das darunter am ersten und meißten zu leiden haben würde.

Kein zweites Versailles.

London, 14. Juli. (B.B.) Der diplomatische Berichterstatter des Arbeiterorgans „Daily Herald“ schreibt, die Schwierigkeiten, denen sich die Londoner Konferenz gegenübergestellt sehe, dürften nicht überwindlich sein. Wenn sich die französische Regierung für den Fall eines deutschen Verzuges freie Hand vorbehalten wolle, so sehe das Europa der Gefahr eines neuen Ruhrabenteuers aus. Die wichtigste Frage aber sei, ob die Deutschen zur Erörterung eingeladen werden sollen oder ob sie einfach ja oder nein zu einer Art Ultimatum sagen sollen; Macdonald erkenne sehr gut, daß die neue Regelung nur etwas wert sein könne, wenn sie sich auf

Ferien.

von Lola Bandau.

Jeden Sommer, wenn der durchglühte Asphalt mit weißen heißen Grabplatten die Erde überbrennt, beginnt der Auszug der Menschen aus den großen Städten. Es ist feierlicher Ausbruch, Getöse und Getümmel. Es gleicht einer Auswanderung von Körperschaften, die ihre Heimat verlassen. Aus den Häusern, Stockwerken wie Schwadeln übereinandergelagert, aus den engen Steinbehältern, in denen das Leben der eingesperrten Menschen in eintöniger Arbeit ruft, fliegen sie aus in Scharen, wie schwarze Bienenschwärme, die der Geruch einer Blumenwiese anlockt; sie entweichen in irgendeine taumelnde, hellgrüne unsichere Ferne. Auf den Bahnhöfen brüllt noch mit stöhnenden Schreien und Biffen der verhasste Lärm, stampfend höllischer Lärm. Eingepreßt, zerquetscht in Massen werden Menschen und Dinge leblos in Waggons verladen. Aber schon dämmert gläsern durch eine Bogenhalle der weite Horizont, der Zug stößt sich mit seiner schweren eisernen Stirn vorwärts, leise Bewegung schaukelt, bekannte Straßen spritzen zurück, die Stadt verdunstet. Aufatmend werden die Flüchtlinge fortgetragen, während grüne und goldgelbe Felder streifen sich an ihnen vorüberdrehen, die Landschaft sich in großen leuchtenden Bilderbogen aufrollt.

Etwas Wunderbares und Rührendes ist dieser Trieb, der alljährlich um dieselbe Zeit die Menschen fortreibt aus ihrer Arbeit und Gewohnheit des Werktags, der zur festen Ordnung geregelte Plan, sich einige Wochen des Jahres hinwegheben zu dürfen aus den klappernden Zimmern der Tätigkeit. Jedoch ist es Ruhe, wirklich nur lässige Ausrufen, das der Mensch sucht? Gilt es nicht vielmehr, eine neue Unruhe zu finden? Durchsichtig ist das tiefe Bedürfnis, sich aus dem festumrissenen Bereich des Heims eine zeitlang zu lösen, einmal wieder groß auszusprechen in neue Gegenden und die Wände, Tapetengitter des einmaligen bestimmt umschlossenen Lebens zu durchbrechen. Mit lauten Vogelrufen, den schmetternden Signalen der lebendigen Natur lockt es fort, sich endlich wieder auszuatmen aus Schäftigkeit in Wanderlust, aus Enge in Weite, aus Gebundenheit in große Verlorenheit. Der Beruf, eine Kammer um Stirn und Handgelenke lockert sich, fällt ab und wird fast vergessen. Das Auge, gelähmt, ungewohnt des Schauens, beginnt wieder um sich zu sehen. Der Dialekt, den Männer der gleichen Stände und Beschäftigungen wie Landsleute ausgeprägt auf der Junge tragen, wird zertreten. Schon steigt er, der Fremde, bergauf, mit der Fußspitze fortstößend das abwärts rollende Land, das wie ein Felsen unter ihm bröckelt und als immer kleinere Erde in die Tiefe sinkt, mit den schwarzen Büschen der Wälder, den winzigen kleinen Kästen der Dörfer, dehnt sich sein Körper zum Gebirge. Riesentem braut in ihm ein mit letzter Befreiung. Zum erstenmal nach langen Zeiten, in denen jeder Tag in dieselben gleichmäßigen

und Herren vom Großhospital dürfen sich in dem Bewußtsein sonnen, in ihrem Salon fünf Minuten lang auch etwas für die moderne Kunst getan zu haben.

Die weißen Indianer — keine neue Rasse? Nach eingehender Untersuchung der drei weißen und blondhaarigen Indianerkinder, die Richard Warth von Panama nach New York gebracht hat, erklärten die amerikanischen Gelehrten, daß die betreffenden weder Albinos noch Angehörige einer neuen Rasse seien. Sie behaupten vielmehr, daß es sich hier um einen ausgeprochen pathologischen Fall handle, und daß die Kinder an einer bisher unbekannt gewesenen Tropenkrankheit leiden, die die merkwürdige Folge hat, die dunkle Haut zu bleichen. Die mit der Untersuchung betrauten Ärzte verweisen dabei auf eine in Westindien herrschende Krankheit, die wissenschaftlich als Leukodermie bezeichnet wird, und die auf der Haut weiße Flecke hervorbringt. Sie sind der Meinung, daß die aus Panama herübergebrachten Kinder von einer dieser ähnlichen Krankheit befallen sind.

Der Goldschah der Welt. Koller Stolz haben die Amerikaner festgestellt, daß fast die Hälfte des ganzen Goldschahes, über den die Welt verfügt, sich in den Vereinigten Staaten befindet. Ueber die Verteilung der ganzen Masse, von der der Reichtum jedes einzelnen Landes abhängt, macht der englische Nationalökonom A. S. Martin in einem Londoner Blatt nähere Mitteilungen. Nach seinen Angaben beträgt der Wert des ganzen Vorrates an Goldmünzen und Goldbarren auf der Welt etwa 2 Milliarden Pfund. Davon besitzen die Vereinigten Staaten gegenwärtig mehr als 800 Millionen Pfund, ein gemaltig angewachsener Reichtum, wenn man ihn mit den 300 Millionen Pfund vor dem Kriege vergleicht. An zweiter Stelle stände nach dieser Statistik Frankreich mit 220 Millionen Pfund, und dann käme England mit 160 Millionen, derselben Summe, die es bereits 1913 besaß. 150 Millionen Pfund werden davon in den sicheren Selbsthalten der Bank von England bewahrt, während man annimmt, daß sich 10 Millionen Pfund in Gold noch in den „Strümpfen“ der Sparrer befinden. Wie die meisten kriegsführenden Staaten ist ja auch England zur Papierwährung übergegangen, und beträchtliche Mengen an Goldmünzen werden verflocht. Ueberraschend ist es, daß Spanien, ein Land, das man früher immer für arm hielt, im Goldbesitz jetzt an vierter Stelle steht und über Gold im Wert von mehr als 100 Millionen Pfund verfügt. Den deutschen Besitz an Gold gibt der Engländer mit etwa 22 Millionen Pfund an. Die Goldherzeugung der ganzen Welt belief sich im vorjahren Jahr auf 7½ Millionen Pfund, und davon kommt mehr als die Hälfte aus Transvaal. Der Preis, der für Gold bezahlt wird, wird jeden Morgen um 12 Uhr in London festgesetzt, denn die Themis-Stadt, durch die der größte Teil des neu gewonnenen Goldes strömt, ist noch immer der Goldmarkt der Welt, und dieser Markt hat seinen Sitz in dem Bankhaus der Rothschilds.

Goethe-Woche in Jena. Mit Rücksicht auf den 175. Geburtstag Goethes veranstaltet die Volkshochschule Thüringen Ende September in Jena eine Goethe-Woche. Außerdem wird von ihr in der Woche vom 15.—22. August im Schloss Reinhardsbrunn bei Friedbrunn eine biographische Woche und Anfang September eine unpolitische Woche abgehalten.

Zustimmung gründe. Es müsse in Paris begriffen werden, daß eine britische Arbeiterregierung, so willig sie auch sei, die französische öffentliche Meinung zu versöhnen, unter keinen Umständen bereit sein würde, an einem neuen Verfall teilzunehmen.

Goesch nochmals bei Herriot.

Paris, 14. Juli. (Eca.) Wie der Vertreter der Exportkorporation an maßgebender Stelle erfährt, hatte der deutsche Botschafter v. Goesch schon eine einstündige Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Herriot. Der Zweck dieser Unterredung war es, dem französischen Ministerpräsidenten vor seiner Abreise nach London nochmals den deutschen Standpunkt in allen wesentlichen Fragen darzulegen.

Triumph des Rüstungskapitals.

Auch im Völkerverbund.

Genf, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Abrüstungskommission des Völkerverbundes hat sich am Sonnabend mit den durch den Völkerverbund festzulegenden Grundrissen für eine internationale Regelung der privaten Herstellung von Waffen und Munition befaßt. Die Mehrheit der Kommission war der Auffassung, daß die Regierungen auch weiterhin das Recht haben müssen, Kriegsmaterial für sich nicht nur in staatlichen Werken herzustellen, sondern auch bei der Privatindustrie zu erwerben. Allerdings soll jede geheime Herstellung von Waffen und Munition unterzogen sein. Besondere Bestimmungen sollen getroffen werden, um Schiebern der Privatindustrie durch die Regierung jedes Landes unterbunden zu können. Dieses kaufmännische Verfahren dürfte wenig Erfolg haben, und es ist sehr zu bedauern, daß in dieser hochwichtigen Frage der privatwirtschaftliche Interessensstandpunkt obliegt hat und die Anträge auf völlige Unterbindung der Waffenfabrikation durch private Firmen nicht durchgedrungen sind.

Der Senat verzögert die Amnestie.

Paris, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Obstruktion der Mehrheit in Kammer und Senat hat es fertig gebracht, den Erlaß der Amnestie zum 14. Juli, dem französischen Nationalfest, zu verhindern. Allerdings hat die Linke diesen Erfolg der Opposition miterleidet. Statt die Proklamation der Rechte zu beschließen, haben die Redner der Linken geglaubt, auf jeden Fall den Senat zu zwingen zu müssen. So kam es zu tagelangen Auseinandersetzungen, und es bedurfte des persönlichen Eingreifens des Ministerpräsidenten, um diese abzukürzen. Herriot hat schließlich gefordert, daß die Kammer ihre Beratungen über das Gesetz am Sonntag und Montag fortsetzen solle, damit es noch vor seiner Abreise nach London verabschiedet und an den Senat weitergeleitet werden könne. Die Kammer hat zwar diesem Wunsch entsprochen, der Senat aber hat in neuer demonstrativer Opposition der Regierung einen Strich durch die Rechnung gemacht, indem er beschloß, sich bis zum 31. Juli zu vertagen, womit er das Inkrafttreten der Amnestie um Wochen hinausgeschoben hat. In den Anstrengungen der Linken herrscht darüber starke Aufregung, die sich zum Teil auch gegen die Regierung richtet, weil diese nicht wenigstens versucht habe, durch Stellung der Vertrauensfrage den Widerstand des Senats zu brechen.

Die Kammer hat die Amnestie für Caillaux und Raoul Angonin angenommen. Der Antrag der Opposition, die Amnestie für Caillaux zu verweigern, wurde mit 309 gegen 207 Stimmen, der Antrag, die Amnestie für Raoul zu verweigern, mit 338 gegen 149 Stimmen abgelehnt. Die Wiedereröffnung der wegen Streikvergehens gemahnten Eisenbahner wurde trotz heftigen Widerstandes des ehemaligen Ministers le Troquer mit 306 gegen 212 Stimmen beschlossen.

Aus dem preussischen Landtag.

Der Landwirtschaftsetat im Hauptausschuß.

Der Hauptausschuß des preussischen Landtags beendete am Sonnabend seine Beratungen über den Landwirtschaftsetat. Die Aussprache verlief sich in die üblichen Klagen über die großen Handelspreise, über den Wucher im Schlächtergewerbe, über den Mangel an Wanderarbeitern, ohne daß man auf die von unseren Genossen vorgeschlagenen Mittel zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Sicherung der Existenz der landwirtschaftlichen Bevölkerung einging. Fast alle sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt. Die Technische Rothhilfe darf nach wie vor als Streifbrevier überall dort auftreten, wo nach der Ansicht der Großagrarier „lebenswichtige“ Interessen in Frage stehen. Kündigung und Räumung der Wohnungen der Landarbeiter dürfen, wenn Dienstverträge vorliegen, nicht den Mietbestimmungen und dem Schutze der Mietscheinigungsämter unterstellt werden. Keine landwirtschaftlichen Spruchkammern bei den Gewerbeämtern zur Schlichtung der Arbeitsstreitigkeiten. Keine Beschaffung von Pachtland durch die Stadtgemeinden für die landhungrige und landarme Bevölkerung. Ein sozialdemokratischer Antrag forderte, die Pflicht zur Beschaffung von Pachtland für die Stadtgemeinden auszuheben und auch den nichtlandwirtschaftlichen Arbeitern und Angehörigen sowie sonstigen minderbemittelten Personen (Kriegsinvaliden, Pensionären) einen Anspruch auf Pachtland einzuräumen.

Ein weiterer Antrag unserer Genossen, zwecks Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichem Dünger eine G. m. b. H. aus Reich, Ländern, Gemeinden, landwirtschaftlichen und Verbraucherverorganisationen zu schaffen unter Ausschließung jeglicher Gewinnerzielung, wird abgelehnt. Nur der sozialdemokratische Antrag auf Schaffung landwirtschaftlicher Musterwirtschaften wird angenommen. Die Ausschaltung der Schädlinge der Produktion durch dauernden Entzug der Nahrung wird von der bürgerlichen Mehrheit ebenfalls abgelehnt. Dafür bezieht sich dieselbe Mehrheit, das Meliorationsproblem nach mehr zu komplizieren und den Kreislauf zumuten, sie sollten dem Staat gegenüber die Meliorationserschuldung der Einzelbesitzer übernehmen. Ausgleich will man die Heranziehung von Erwerbslosen für die Kultivierung erschweren — also eine Durchbrechung der Bedingungen für die Herabgabe von Meliorationskrediten. Man bezieht sich, die Ausfuhr von Vieh — man spricht von Zuchtmaterial — zu fördern und ebenso verlangt man die Befreiung der Erleichterung der Fleischfuhr. Der deutsch-nationale Antrag auf Wiedereinführung der vor dem Krieg geltenden Agrarschutzzölle wird bereitwillig angenommen.

In der Schlussabstimmung wurde der Haushalt mit einer Einnahme von rund 15 1/2 Millionen und einer Ausgabe von 48,7 Millionen Mark und einem Zuschuß von 33,6 Millionen angenommen.

Die Börse wartet ab.

Die Londoner Konferenz wirft ihre Schatten voraus. Das Geschäft an der Börse stagniert völlig. Die Spekulation ist von allgemeiner Lustlosigkeit befallen. Sie hält es für geboten, im Hinblick auf die durchaus ungewissen Chancen der Konferenz weitestgehende Zurückhaltung zu üben. Die Berliner Großbanken beurteilen die außenpolitische Lage für außerordentlich ernst. Man glaubt, daß nicht nur die amerikanische, sondern auch die englische Banknote den französischen Störungsvorwürfen gegenüber eine sehr scharfe Haltung einnehmen werde. Allerdings ist man sich darüber klar, daß ein Scheitern der Konferenz gerade für die Börse recht unangenehme Wirkungen nach sich ziehen könnte. Das Interesse an den politischen Vorgängen überläßt augenblicklich sogar die Ereignisse auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Nachrichten aus der Industrie-Regionen lauten nach wie vor außerordentlich ungünstig. Die Zinsfrage waren heute auf den meisten Märkten gänzlich unbedeutend. Etwas lebhafter ging es am Kriegsanleihermarkt zu.

Nachkultur am Kanal.

Ein Glück, daß die Widersacher des Lehrers Koch gestern nicht am Spandauer Schiffahrtskanal prominierten. Was sie da schauernd hätten erleben müssen, wäre sicher im Verein mit der tropischen Hitze für ihre zarten Gehirne und Semüser von katastrophalen Folgen begleitet gewesen. Die anderen aber, die Unverbildeten, die Naßlichen, die Naiven, jagten sich, bei 30 Grad Reaumur im Schatten kann man nichts Besseres und der Gesundheit Zuträglicheres tun, als zum Rauszustand zurückzukehren. Nun ist zwar, weiß Gott, der Spandauer Schiffahrtskanal keine paradiesische Gegend, gesegnet mit allen Schönheiten und Leppigkeiten einer romantischen Natur. Aber hier herrscht an Sonntagen wenigstens nicht die Ueberfülle der Freibäder im Westen und Osten Berlins, hier schwärmen nicht Scharen von Ausflüglern umher, hier ist nur für Kenner Terrain zur Nachkultur. Bertrümt und wie festgewachsen im stillen, heißen Wasser liegen Dampfer, Röhre und Schlepplüge, die Fabrikgebäude am Kanal sind geschlossen, ohne Menschen und ohne Lärm. Aber die Biesen am Kanal haben soziales Gros, die Uferböschung ist nicht steil, bequem kann man in das Wasser tauchen und sich dann wieder ohne sonderliche Mühe herausheben aus der Flut und auf die grünen Flächen am Kanal zum Trocknen hinlegen.

So sah man denn gestern hier Szenen, von denen man gewünscht, der Pinsel eines Malers hätte sie verewigt. An allen Stellen, fast bis nach Spandau, konnte man Familien beobachten, die, aller lästigen Kleidung ledig, ganz munter, in große Lagerten oder im Wasser plätscherten. Andere wieder ruderten langsam in kleinen Röhren über die stillen Wasser, sprangen kopfüber vom Boot in den Fluß, tauchten an anderer Stelle wieder auf und ließen sich gemächlich vom Wasser weitertragen. Dazwischen gab es Bilder von drastischer Komik, wenn Mutter mit dem nicht wenig ängstlichen Kleinen in das Wasser stieg; Scherzworte flogen herüber und hinüber, ein Grüßen und Winken zu den vorüberfahrenden Borortzügen, und alles war wie im Schatten und Schoß einer großen, friedlichen Familie. Die Sonne aber brannte unbarmherzig, ein Blühen und Sengen war es, als sollte die Haut gleich aufplatzen. Indessen, die hier am Kanal fühlten die Hitze nicht wie eine Folter. Hatte man lange genug auf der Wiese gelegen, ging es wieder unter Halla in das kühlere Wasser, und die Beiber bekamen bald bronzefarbene Töne.

So lebte, amüsierte und erfrischte man sich bis zum Abend, der mit schweren Wolken heraufzog, um dann mit hartem Gewitter, Wirbelwind und Hagelregen niederzuprasseln.

Und überall diese „entsetzliche Unstille!“ In den Wäldern konnte man Frauen sehen, die sich die Kleider ausgezogen hatten und im Unterrod im Schatten lagerten, und in der Laubentonomie gingen Frauen und Mädchen sogar im Hemd umher, über das sie nur eine große Wirtschaftshürze gebunden hatten.

Das Volk ist in der Tat zu unästhetisch. Recht haben sie, die armen, bebauenswerten Südtalassapostel!

Der gestrige Sonntag im Zeichen der großen Ferien und der schier unerträglichen Hitze, hatte einen Verkehr bei Straßenbahn, Stadtbahn und noch auf den Dampfzügen zur Folge, wie man ihn seit langem nicht mehr erlebt hat. Als dann in den Abendstunden das schwere Gewitter, verbunden mit Wirbelwind und Hagelregen herabzerging, ereigneten sich aufregende Szenen unter den Ausflüglern, die die Bahnhöfe türmten und rüchichtslos in die Bogen drängten. Kamentlich in Potsdam kam es auf dem Schützenplatz zu tumultuariösen Ausbrüchen. Soweit bisher bekannt, haben sich aber Unfälle nicht ereignet.

Infolge der großen Hitze am gestrigen Sonntag ist der Verkehr aus dem Innern der Stadt nach den Vororten außerordentlich groß gewesen. An ankommenden Personen zählte man auf dem Bahnhof Friedrichshagen 48 500, Grünau 80 750 und auf dem kleinen Bahnhof Rahnsdorf 33 290. Weidlich groß war die Frequenz auf den übrigen Bahnhöfen des Vorortverkehrs.

Die Unglücksfälle des gestrigen Sonntags.

Der heftige Gewittersturm, der am gestrigen Sonntag abend in Berlin einfiel, hat eine Reihe von Unglücksfällen durch Entwurzeln von Bäumen verursacht. In Köpenick wurde an der Ecke der Berliner und Menzelstraße die Ehefrau Frida Rau von einem vom Sturm umgerissenen Baum erfasst, zu Boden geschleudert und so schwer verletzt, daß sie heute morgen im Kreisfrankenhaus Köpenick ihren Verletzungen erliegen ist. Im Schlossparkrestaurant Bankow entwurzelte der Orkan eine alte Weide, die glücklicherweise bei ihrem Sturz keinen Schaden anrichtete, da die zahlreichen Besucher des Gartens vor dem Unwetter in die Säle geflüchtet waren. Der 60 Jahre alte Inhaber des Restaurants, Adolf Schüller, langjähriger Vorsitzender der Bankower Gastvereinnung, erlitt jedoch beim Zusammenfallen des riesigen Baumes vor Aufregung einen Herzschlag, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. In Spandau wurde der 43jährige Erich Kühn aus Charlottenburg durch einen vom Sturm abgerissenen Ast an Unterschenkel schwer verletzt. In dem Massenandrang, den die Freibäder in der Umgebung Berlins bei der gestrigen unerträglichen Hitze zu verzeichnen hatten, ereigneten sich eine ganze Reihe mehr oder minder schwerer Unfälle. Am Wannsee mußten die Mannschaften der freiwilligen Sanitätskolonne wiederholt zur Hilfeleistung bei Hitzschlägen und Ohnmachtsanfällen in Aktion treten. Auch eine ganze Reihe schwerer Schnittverletzungen, die auf die Unfälle, Flaschenzerberben ins Wasser zu werfen, zurückzuführen sind, machten ein Eingreifen der Rettungsmannschaften notwendig. An den Bahnhöfen in der Nähe der Wannseebäder herrschte zeitweise ein derartiges Gedränge, daß zahlreiche Personen, insbesondere Frauen und Kinder, ohnmächtig wurden. Auch eine Anzahl von Waldbränden war zu bekämpfen. Unter anderem rückte die Wehr noch zweimal nach den Köpenicker Forsten bei Mägdelheim an der Dahme aus, wo größere Flächen brannten. Ferner noch Waldesruh beim Wendenschloß, gegenüber von Grünau, dann noch dem Grünwald, hinter dem Großen Stern, weiter nach dem Brinzeagarten bei Mägdelheim und nach den Schiefständen hinter der Hasenheide.

Im Laufe des gestrigen Sonntags haben vier Personen beim Baden im Freien ihren Tod gefunden, und zwar der 26 Jahre alte Architekt Albert Schulz, Charlottenburg, Frischstraße 47, im Sibleensee, der 26 Jahre alte Schlächter Leo Hartmann aus der Pallasdenstraße 29, der 30 Jahre alte Arbeiter Willi Knack, dessen Wohnung noch unbekannt ist, beide im Mägdelsee, und ein etwa 25 Jahre alter Mann im Freibad Grünau, unter dessen Namen man u. a. ein Tafelbuch mit P. R. und eine Wolldecke mit E. R. gemeldet fand.

Todesfahrt auf dem Trittbrett.

Gegen 11 Uhr abend wurde der 19 Jahre alte Kaufmann Karl Rastigall aus der Luisenstraße 67 am Rangierbahnhof Rummelsburg bei Bude II von einem Borortzug Strausberg-Berlin überfahren und auf der Stelle getötet. Der junge Mann hatte die Fahrt auf dem Trittbrett mitgemacht und war an der genannten Stelle wahrscheinlich infolge eigener Unachtsamkeit abgestürzt und unter die Räder gekommen.

Der brennende Pavillon. In große Aufregung wurden gestern abend die Besucher eines Gartentafels in der Heerstraße veretzt, als plötzlich ein dort befindlicher Pavillon in Flammen stand.

Die Charlottenburger Feuerwehr wurde sofort alarmiert. Einige Minuten darauf trafen zwei Löschzüge an der Brandstelle ein. Nach circa einstündiger Arbeit gelang es, das Feuer zu löschen. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Die Entstehungsurache ist noch nicht geklärt.

Wieder ein Mord im Walde!

Der Tote im Rangsdorfer Forst.

Ein Leichenfund in Groß-Machnow beschäftigt die Kriminalpolizei, weil mit der Möglichkeit eines Mordes gerechnet werden muß. In der Nähe von Rangsdorf liegt ein ziemlich großer See, in dem namentlich Sonntags viele Berliner baden. Als gestern nachmittag einer dieser Besucher etwas in den Wald hineinging, fand er 500 Meter vom Bahnhof Rangsdorf entfernt rechts von dem Wege Groß-Machnow-Rangsdorf im Busch die Leiche eines etwa 65 Jahre alten Mannes.

Der Tote lag auf dem Rücken, die Hände lagen aneinander auf der Brust. Der Kopf war mit einem braunen Ulster halb zugedeckt, als ob der Mann sich zum Schützen hingezogen hätte. Mit der rechten Körperseite hatte er einen kleinen Birkenbusch zur Seite gedrückt. In der linken Seite fand man unterhalb des Hockbeins eine pennig große kreisrunde Verletzung. Auf die Wundung an das Polizeipräsidium entsandte der stellvertretende Leiter der Kriminalpolizei Regierungsrat Dr. Hagemann den Kriminalkommissar Holzow mit seinem Beamten an den Fundort. Ein Arzt, der hinzugezogen wurde, begutachtete, daß die Leiche mindestens schon zwei Tage dagelegen haben muß. Da die Verletzung von einem Schuß herrührt oder welcher Art sie sonst sein mag, konnte er nicht feststellen. Zur Ermittlung der Todesursache wurde die Leiche nach dem Spriehaus von Machnow gebracht, wo sie obduziert werden soll. Der Tote hat einen grauen Vollbart, nur wenig Kopfhaar, eine spitze Nase und wenige verstaubte Zähne und trug einen dunkelgrauen und schwarz gestreiften Anzug, einen weißen Schal mit Bronsen, einen alten Panamahut ohne Band, eine graue wollene Strümpfe und schwarze Schnürstiefel. In den Kleiderböden fand man ein Stück Rotwurst, ein altes schwarzes Lederportemonnaie mit einigen Pfennigen und Spar- oder Spielmarken, ein altes Taschenmesser mit Hirschhornschote und einen Tintenstift, der in einen Zettel mit der Aufschrift 4. 7. 24 eingewickelt war. Papiere besaß der Tote nicht. Die Marken sind aus weißem Metall und mit Aufschriften wie: „Eine Ratione dem adligen Rinde“ versehen. Ob ein Verdrehen vorliegt, läßt sich noch nicht sagen. Wenn die Verletzung von einem Schuß herrührt, so handelt es sich um einen Stetschuss aus einer Waffe großen Kalibers. Ein Ausschuss ist nicht zu sehen. Ein Selbstmord ist nicht wahrscheinlich, aber ein Unglück wohl möglich.

Koltschu am Grabe.

Keht um, sonst holt euch der Teufel!

Immer noch gibt es Geistliche, die bei Beerdigungen sich gegen die Mitführung roter Kranzschleifen wenden. Ein Priester der St. Mauritiuskirche zu Lichtenberg hat bei der Beerdigung eines Eisenbahners auf dem Friedhof zu Wilhelmshagen verlangt, daß von dem Kranz der Kollegen die rote Schleife abgetrennt wurde. Vor der Halle trat er an den mit den Eltern des Verstorbenen wartenden Kranzträger heran und erklärte ihm, diese Schleife sei unzulässig. Er sagte noch etwas von Kirchenseindschaft, die er ohne weiteres aus der roten Farbe folgerte. Der Kranzträger war über die Forderung des Geistlichen erstaunt, aber er fügte sich, um Störung zu vermeiden. In der Halle leistete sich der Geistliche in seiner Rede nochmals eine Attade auf die Roten. Er sprach von dem Verstorbenen als einen gläubigen Christen, der aber einer feindlichen Organisation angehört habe. An diejenigen, die nicht mehr an Gott glauben, wandte er sich mit einer Mahnung zur Umkehr. Koch sei es Zeit, wieder zu Gott zu kommen; andererseits mühten sie dem Teufel verfallen. Das Auftreten dieses Geistlichen wird vermutlich die Wirkung haben, daß wieder noch ein paar bisher Gläubige sich von der Kirche abwenden.

Der rasende Schlächterwagen.

Am Sonntagnachmittag gegen 4 Uhr fuhr ein Schlächterwagen, der mit mehreren Personen besetzt war, in schnellstem Tempo aus der Münzstraße über den Alexanderplatz in Richtung Jannowstraße. Der auf dem Alexanderplatz stehende Verkehrsposten rief dem Führer des Wagens zu, langsamer zu fahren, doch wurde dieser Ruf nicht beachtet, im Gegenteil, das Tempo wurde noch beschleunigt. Der Wagenlenker maßigte die Fahrt auch nicht, als er an der in der Nähe des Polizeipräsidiums befindlichen Straßenbahnhaltestelle vorbeikam. Drei Personen, die dem Wagen nicht mehr ausweichen konnten, wurden überfahren und trugen schwere Verletzungen davon. Die Verletzten sind die 50 Jahre alte Frau Anna Richter aus der Borghagener Straße 15 (Stirn- und Wirbelsäuleverletzungen sowie Rippenbrüche), der 50 Jahre alte Werkmeister Eugen Vogel aus der Herzbergstr. 66 (Verletzungen am Hinterkopf, Badenbeinbruch und Nervenloch) und seine 51 Jahre alte Ehefrau Eva Vogel (Verletzungen am Hinterkopf, am rechten Auge sowie innere Verletzungen und Nervenloch). Sämtliche verletzten Personen wurden zunächst nach der Rettungsstelle 15 geschafft, wo ihnen die erste Hilfe zuteil wurde. Frau Richter fand dann im Krankenhaus am Friedrichshagen Aufnahme. Das Ehepaar Vogel schaffte man nach seiner Wohnung. Der Schlächterwagen ist leider unbekannt erkommen.

Zwei Taubstumme erstochen.

Zu einer schweren Messerstecherei kam es in der Nacht zum Sonntag in der Liebigstraße. Aus noch unbekanntem Gründen waren in der Gastwirtschaft von Wille in der Liebigstraße 14 Gäste in Streit geraten. Dieser Streit orientierte bald in eine Schlägerei aus, bei der dann das Messer benutzt wurde. Herbeigerufene Polizei trennte die Streitenden. Zwei Personen blieben tot am Platz, einer war schwer verwundet. Eine Anzahl Personen wurde verhaftet. Die Schuldfrage dieser Schlägerei ist noch nicht geklärt, sie bedarf noch der eingehendsten Ermittlungen der Kriminalpolizei. Die Verletzten sind die Taubstummen Wilhelm von Pöcklarn und Joseph Kempe, der Verwundete, der Taubstumme Franz Bernhard aus der Cabiner Straße, wurde schwer verletzt in das Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht. Zeugen dieser Schlägerei werden gebeten, sich bei Kriminalkommissar Dr. Berndorf im Polizeipräsidium zu melden.

Bügenstein gestorben. Am Sonnabendabend ist in Berlin im Alter von 67 Jahren der Geheim-Kommerzienrat Bügenstein, der Besitzer der bekannten, seit einigen Jahren allerdings stinnesierten großen Berliner Buchdruckereifirma gestorben. Bügenstein ist in Arbeiterkreisen besonders bekannt geworden als führender Vertreter des Unternehmertums in den jahrzehntelangen verbildlichen Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe.

Berauscht und ins Wasser geworfen. Louise Hilferufe hörte in der vergangenen Nacht gegen 1 1/2 Uhr ein Gärtner Schwabe vom Salzberg 19 vom Landwehrkanal her. Er fand einen jungen Mann dem Untergange nahe. Er rettete ihn und brachte ihn nach der Wache. Hier gab der Gereitete, Gustav Bremke aus der Anobelsdorffstr. 10 an, daß er, mit 16 W. in der Hand, etwas angezerrnen am Kanal entlang gegangen sei. Zwei Männer hätten ihm das Geld entziffen, ihn dann beim Kopf und den Beinen gepackt und ins Wasser geworfen.

Gewerkschaftsbewegung

Zurück in die Gewerkschaften!

Der sogenannte Weltkongress der kommunistischen Internationalen nahm in der Gewerkschaftsfrage folgende Resolution an:

Der Weltkongress stellt fest, daß die Haltung Schumachers und Genossen den Kongressbeschlüssen zuwiderläuft. Die Entziehung der Austrittsbewegung war revolutionär schädlich, weshalb sie der Kongress verurteilt. Der Weltkongress fordert die Arbeiter auf, in die Gewerkschaften zurückzukehren, da die Gewerkschaften Sammelbeden aller Werktätigen sind und ein Verlassen derselben Desertation bedeutet.

Der „Weltkongress“ macht in diesen wenigen Zeilen einige wertvolle Geständnisse. Gegenüber den immer wieder aufgestellten Behauptungen der deutschen Kommunisten, die „Amsterdamer“ spalteten die Gewerkschaften, erklärt der „Weltkongress“, daß es die deutschen Kommunisten, die Schumacher und Genossen waren, die die Austrittsbewegung „entfacht“ haben. Die kommunistischen Spalter, deren Haltung ausdrücklich verurteilt wird, werden aufgefordert, in die Gewerkschaften zurückzukehren.

Damit ist das Verbrechen, das die deutschen Kommunisten an der Arbeiterbewegung begingen und das der „Weltkongress“ als Desertation brandmarkt, von deren Sinnungslosigkeit in der ganzen Welt ausdrücklich festgestellt. Es wird gut sein, wenn unsere Genossen in den Betrieben und Gewerkschaften etwaigen gutgläubigen Nachzählern der kommunistischen Spalter diese Feststellungen ins Gedächtnis rufen, sobald sich die Spalter wieder mausig machen sollten.

Was werden nun die deutschen Gewerkschaftspalter tun? Was werden die Linkischen, die abgepaltenen Bauarbeiter, Metall- und Bergarbeiter, die Arbeiter der chemischen Industrie, des graphischen Gewerbes, der Holzindustrie, die Kupferschmiede usw. tun, die unter das moskowsische Sternchenbanner in mehr oder weniger bedeutungslosen Organisationen zusammengedrückt wurden? Es wird den Machern der Spaltung sicherlich nicht leicht sein, ihrer Feldherrntasche zu entgehen. Aber was wird ihnen wohl sonst übrig bleiben? Ohne die Unterstützung Moskaus können sie sich keine vier Wochen halten. Einfach gelb werden, was für manche von ihnen nur eine Art Verjüngung wäre, offen zu den Unternehmern übergehen, denen allein die Spaltung genügt hat, da würden sie von dem größten Teil ihrer Anhänger in Stich gelassen werden. Die Verzweiflung der deutschen Spalter angesichts der neuen Schwärzung, die ihnen von Rostau befohlen wird, kommt in der Erklärung zum Ausdruck, die Gehardt namens der deutschen Delegation abgab und die wir nach dem Bericht der „Roten Fahne“ wiedergeben:

Gehardt erklärt, daß die deutsche Delegation den Zeitpunkt für Versuche zur Herstellung der Einheit in der Gewerkschaftsbewegung im internationalen Maßstab für unzumutbar hält. Die Aktion müsse gründlich vorbereitet werden. Diese Erklärung bedeutet keinesfalls, daß zwischen der A.P.R. und der A.P.D. bezüglich der Gewerkschaftspolitik und der Gewerkschaftstaktik Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die deutsche Delegation hofft, daß die erweiterte Exekutive eine die deutschen Erwartungen befriedigende Lösung finden werde.

Denn die Formalitäten sollen noch von der erweiterten Exekutive festgelegt werden. Soweit die deutschen Gewerkschaften in Frage kommen, halten wir es für selbstverständlich, daß ihre Tore weit offen bleiben, soweit es sich nicht um Leute handelt, die wegen ihrer Handlungen ausgeschlossen werden müssen. Aber auch hier wird man gut tun, unter Anwendung der nötigen Vorsichtsmaßregeln nach dem Grundsatz zu handeln, daß über einen reuligen Sünder im Himmel mehr Freude herrscht, denn über neunundneunzig Gerechte.

Die Erbitterung der deutschen Kommunisten kann man nachfühlen. Auf Anordnung von Rostau ist die Spaltung in die Wege geleitet und vollzogen worden. Und nicht etwa in Deutschland allein. In Frankreich, in der Tschechoslowakei, in Spanien, überall wo Rostau glaubte, mit der Spaltung dem Sozialismus und der Gewerkschaftsbewegung ernsthaft Abbruch zu tun — und darum allein und nicht etwa um die Bekämpfung des Kapitals handelt es sich — ist die Spaltung angeordnet und vollzogen worden. Aber nur die deutschen Kommunisten werden gerüffelt. Ihnen allein mutet man zu, zu verbrennen, was sie angebetet, und anzubeten, was sie verbrannt haben. Wirklich, die deutschen Kommunisten können einem leid tun.

Eine unberechtigte Entlassung.

Angültige Ausgleichsquitung.

Ein bei der Firma Bergmann E.-W. beschäftigt gewesener Kabinengenieur hatte seine Stellung aufgegeben, um bei einer Konkurrenzfirma einzutreten. Das scheint für Bergmann E.-W. Grund gewesen zu sein, eine Angestellte, die als Hilfskraft im Bureau des ausgetretenen Ingenieurs beschäftigt war, mit Rüsttrauen zu betrauen. Die Firma ließ schriftlich und Garberobensdruck der betreffenden Angestellten revidieren und glaubte Beweise für einen groben Vertrauensbruch des jungen Mädchens gefunden zu haben, was die fristlose Entlassung zur Folge hatte. Um sich für alle Fälle gegen Schadenersatzansprüche der Entlassenen zu sichern, ließ sich die Firma auch noch die übliche Ausgleichsquitung unterschreiben, wodurch die Entlassene bescheinigte, keine Ansprüche an die Firma zu haben und mit ihrer Entlassung einverstanden zu sein.

Vor dem Gewerbegericht, wo die Entlassene auf Zahlung der Kündigungszeit klagte, konnte die Klägerin den Nachweis führen, daß die Kontoristin, die ihr die Ausgleichsquitung vorlegte, sagte, es handle sich nur um die Befestigung des Empfangs der Steuerkarte und der Angestelltenversicherungskarte. Die Klägerin habe das

geglaubt und in ihrer Erregung über die plötzliche Entlassung das ihr vorgelegte Schriftstück nicht durchgesehen. — Das Gericht ließ diesen Einwand gelten und betrachtete die Unterzeichnung der Ausgleichsquitung als nicht bindend, weil sich die Klägerin in einem Irrtum über den Inhalt des Schriftstücks befunden habe.

Mit dem angeblichen Vertrauensmißbrauch, der den Grund zur Entlassung abgab, verhält es sich so: In dem von der Klägerin benötigten Schreibstück fanden sich eine Anzahl zusammengebundelter Zettel, auf denen Besteller von Kabeln genaue Angaben über die Konstruktion der verlangten Kabel gemacht hatten. Auch im Garberobensdruck der Klägerin sollen — was sie aber entschieden bestritt — in einem Paket Romanbücher auch einige Bündel solcher Zettel gefunden worden sein. — Die Firma behauptet, die Klägerin habe augenscheinlich die Absicht, jedenfalls aber die Möglichkeit gehabt, die Zettel einer Konkurrenzfirma zugänglich zu machen, die dann nach den darauf verzeichneten Konstruktionsangaben die gleichen Kabel hätte anfertigen können. Die Klägerin würde also ein Fabrikationsgeheimnis verraten haben.

Ueber die Frage, ob die ominösen Zettel wirklich als Fabrikationsgeheimnisse zu betrachten seien, erhob das Gericht sehr eingehenden Beweis. Während ein bei der beklagten Firma beschäftigter Techniker die Frage bejahte, verneinte sie der als Zeuge vernommene ausgetretene Ingenieur. Er sagte, die Angaben auf den Zetteln seien veraltet und übrigens in den jedem Fachmann bekannten Publikationen enthalten. — Schließlich wurde noch festgestellt, daß jeder Lieferung von Kabeln ein Zettel angehängt wird, der genau dieselben Angaben enthält wie die Zettel, die der Klägerin zum Verhängnis werden sollten. Das angebliche Fabrikationsgeheimnis konnte also jeder zur Kenntnis nehmen, durch dessen Hände die betreffende Lieferung ging.

Nach diesem Ergebnis der Beweisaufnahme verneinte das Gericht das Vorliegen eines Vertrauensbruchs der Klägerin und verurteilte die Firma zur Zahlung des Gehaltes für die Kündigungszeit.

Die Arbeiterverteilung in Deutschland.

Die Reichsarbeitsverwaltung hat es unternommen, die Arbeiterverteilung in der deutschen Industrie Ende 1921 durch ein umfangreiches Kartenwerk darzustellen. Die Arbeiterverteilungskarten erscheinen fortlaufend als Beilagen im Reichsarbeitsblatt und sind nun als Sammelwerk mit einleitenden und erläuternden Bemerkungen vom Präsidenten des Reichsarbeitsrates, Dr. Friedrich Sprup, im Verlage des Reichsarbeitsblattes (Reimar Hobbing, Berlin SW. 11) herausgegeben worden. Der Preis der Sammelmappe beträgt 36 Goldmark.

Die erste Karte gibt eine Gesamtübersicht über die Verteilung der Arbeiter in den Betrieben, die der Gewerbeaufsicht oder der Aufsicht der Bergbehörden unterstehen. Die Gewerbeaufsichtsbeamten zählen alle Betriebe, die in der Regel mindestens zehn Arbeiter beschäftigen. So wurden 324 244 Betriebe mit 7 479 048 Arbeitern, rund 12,4 Proz. der gesamten deutschen Bevölkerung, erfasst. Sinnfällig tritt aus dem ersten Kartenbild die Zusammenballung der Industriearbeiterschaft im Rhein-Ruhrgebiet hervor. Die weiteren 24 Karten zeigen die Verteilung der Arbeiter auf die einzelnen Industrien. Die Arbeiterverteilungskarten werden in einer besonderen Arbeit eingehend erläutert, unterstützt durch graphische Darstellungen und ein überaus reiches statistisches Material. Das 29. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt, das das Jobienwerk über die Arbeiterverteilung in der deutschen Industrie behandelt, ist dem Wert beigegeben. Die Sammlung bietet dem Volkswirtschaftler wie auch den einzelnen Gewerkschaften eine Fülle willkommenen Materials.

Zum Sachverständigen-Gutachten.

Zur Information der Mitglieder hatte die Ortsverwaltung der Saitler, Lapezierer und Portefeutler zum 10. Juli eine außerordentliche Generalsammlung mit dem Thema „Das Sachverständigen-Gutachten“ einberufen. Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Paul Leon hatte das Referat übernommen. In 1 1/2 stündiger Rede schilderte der Referent die Vergangenheit der Nachkriegszeit, die zwiespältige Haltung der verschiedenen bürgerlichen Regierungen in der Frage der Erfüllungspolitik, die Sabotierung derselben durch die deutsche Bourgeoisie, der vollständigen Zusammenbruch der Währung im Ruhrkampf und als Folgeerscheinung das Sachverständigen-Gutachten. Die Arbeiterschaft muß jetzt alles daran setzen, um die kommenden Lasten auf die tragfähigen Schultern zu legen. Reicher Beifall lohnte den Referenten für seine instruktiven Ausführungen.

In der Diskussion verfuhrte Kroh den kommunistischen Standpunkt vorzulesen. Da er das ca. 30 Seiten starke, anscheinend von anderer Hand ausgearbeitete Manuskript nicht richtig lesen konnte und, weil vor dem Referat abgelehnt, die Ausführungen des Referenten gar nicht verstand, mußte Kroh auf stürmisches Verlangen der Versammlung mit der Vorlesung aufhören. In der weiteren Diskussion betonte Osten besonders, daß die Arbeiterschaft auf keinen Fall eine neue Inflation gebrauchen könne und jedes Mittel recht ist, eine solche zu verhindern. Zusammenfassung der vorhandenen Kräfte innerhalb der Arbeiterschaft ist notwendig, um bei der Verteilung der Lasten Schlimmeres für die Arbeitnehmer zu verhindern. Frühlich (A.P.D.) brachte einen Antrag ein, das Gutachten abzulehnen. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein weiterer Antrag, der gegen das Verbot des kommunistischen Arbeiterkongresses protestiert und der besagt, daß sich die Mitglieder des Verbandes reiflos hinter die Beschlüsse dieses Kongresses — der noch gar nicht stattgefunden hat — stellen, wurde von Blume verpöndelt, so daß er gleichfalls abgelehnt wurde.

Neue Lohnsätze der Straßenbahner.

Auch die Lohnbewegung der Straßenbahner hat ihr Ende gefunden, nachdem der Deutsche Verkehrsverband in freier Vereinbarung mit der Betriebsgesellschaft der Straßenbahn folgende Stundenlöhne festgelegt hat: Vorarbeiter nach dreimanntiger Beschäftigung 67 Pf., nach 6 Monaten 70 Pf. (bisher 65 Pf.), Handwerker erhalten 62 und 64 (bisher 60) Pf. Epifenlohn, Fahrer im Personendirekt (über 24 Jahre) 57 und 60 (bisher 55) Pf., (unter 24 Jahren) 54 und 57 (bisher 53) Pf., Fahrer

im Post-, Güter- und Kangerbetrieb, Schweißwagenführer 55 und 58 (bisher 53) Pf., Schaffner erhalten 53 und 55 (bisher 51) Pf. in der oberen Stufe. Die Löhne der angelernten Arbeiter bewegen sich zwischen 47 bis 55 (bisher 45 bis 51) Pf., die der unangelernten zwischen 41 und 48 Pf. Reinemachefrauen bekommen 35 Pf. Zu allen Lohnsätzen kommt wie bisher noch eine Frauenzulage für verheiratete Arbeitnehmer mit eigenem Hausstand von 3 Pf. und eine Kinderzulage für jedes Kind bis zum vollendeten 14. Lebensjahre von ebenfalls 3 Pf. Die Zulage für Einmannwagenfahrer beträgt 2 Pf.

Diese neuen Löhne gelten ab 3. Juli und laufen bis zum 1. Oktober.

Der Arbeiterrat der Berliner Straßenbahn, welcher zu diesen getroffenen Vereinbarungen Stellung nahm, erklärte sich mit dem Abkommen einverstanden.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin (Bezirk 14: Neutölln, Brin, Rudow und Köpenick). Mittwoch abends 7 Uhr in Weis's Gasthaus, Neutölln, Kirchhofstr. 41, Bezirksversammlung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin. (Bezirk 8: Spandau). Dienstag abends 7 Uhr, in der Palme, Spandau, Ritterstr. Versammlung.

Sport.

Rennen zu Grunewald am Sonntag, den 13. Juli:

1. Rennen. 1. Barde's Bruder (Renzsch), 2. Mandarin (Kaltenburg), 3. Guenole (D. Schmidt). Toto: 36 : 10. Platz: 17, 22, 18 : 10. Ferner liefen: Kleonin, Piergeist, Wan II, Willibald, Kletina.
2. Rennen. 1. Hermoder (B. Larras), 2. Jonge (Kaltenberger), 3. Peter Moor (Korle). Toto: 18 : 10. Drei liefen.
3. Rennen. 1. Kraumdecker (Korle), 2. Saphir Electric (B. Larras), 3. Ender (Korle). Toto: 78 : 10. Platz: 28, 55, 29 : 10. Ferner liefen: Capriin, Humboldt, Van Robert, Gondalun.
4. Rennen. 1. Singlas (D. Schmidt), 2. Egidieri (Renzsch), 3. Dampelmann (Zehmann). Toto: 17 : 10. Platz: 12, 30, 30 : 10. Ferner liefen: Staffelfisch, Ammarich, Konfalcone, Juan Hong, Dorudori, Gallum, Patrizier.
5. Rennen. 1. Lauffunge (B. Larras), 2. Nella (D. Schmidt), 3. Diernd. Toto: 36 : 10. Platz: 15, 12 : 10. Ferner lief: Raguel.
6. Rennen. 1. Warburg (Guguenin), 2. Sterngruppe (D. Schmidt), 3. Kofka (B. Larras). Toto: 82 : 10. Platz: 19, 19 : 10. Ferner liefen: Pfdame, Lefe.
7. Rennen. 1. Gohäbi (Renzsch), 2. Rüdchenjäger (D. Schmidt), 3. Sonnenstrahl (Kaltenberger). Toto: 20 : 10. Platz: 16, 18, 16 : 10. Ferner liefen: Sankt Thomas, Fontanova, Per Durl, Waura, Quarta, Döberich, Sigmund, Rumpfig.

Beimnachrichtliche Politik: Groß-Kreuzer; Wirtschaft: Arthur Salzenus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Familien: Dr. John Schilowski; Solos: und Sonstiges: Erik Karst; Angelegen: H. Glaser; Sämtlich in Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher-Verlag und Verlagsanstalt: Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Gewinnliste

23. Preussisch-Sächsischen (249. Kreuz-) Klassen-Lotterie

5. Klasse	12. Juli 1924
Cine Gewinn.	Kaufkraft verbleibend.
1 Gewinn zu 25 000 RM 26850	
4 Gewinne zu 10 000 RM 46303 113800 123803	
187003	
7 Gewinne zu 5 000 RM 65560 80502 83802 100300	
219280 273780 280402	
6 Gewinne zu 3 000 RM 82403 80803 100002	
211640 235002 278902	
12 Gewinne zu 2 000 RM 10400 23802 68502	
164302 218180 273260 274002 208560 266102 289760	
171100 252402	
16 Gewinne zu 1 000 RM 16800 26702 28502 58702	
68902 85300 89902 123280 126100 129040 143400	
166302 172480 183002 222602 243600	
40 Gewinne zu 800 RM 18900 19900 21402 21700	
22600 25202 27100 29100 30802 32302 30700 30800	
103802 114302 117002 120302 124700 130802 135802	
168702 168802 174802 179480 183300 187600 202302	
213702 221380 221400 230702 237402 239480 244800	
247202 253202 258360 262402 262900 278102 282602	
287202 290900	
84 Gewinne zu 500 RM 700 1000 1400 2202 14800	
14550 15602 16402 18900 22102 27100 28702 30702	
37002 45702 48000 50250 51700 51802 57302 76402	
81000 81202 85900 88600 86402 88600 91760 96302	
100800 100360 112802 121702 134802 137302 140000	
148180 150302 153360 156202 156202 156202 159802	
178702 184180 188900 189900 189702 192402 192802	
194200 196802 200460 202702 203502 205802 214800	
214780 217102 217802 221050 223702 226002 229800	
230400 231802 233960 236902 237102 237180 241802	
244102 252800 252800 267502 268302 268302 270480	
274180 282502 301302 301902 305380 307902 309600	
225 Gewinne zu 300 RM 702 700 1700 3000 4102	
4650 5180 5802 7702 7950 8502 8802 11502 11800	
12450 13202 17802 17802 18002 19800 23802 24802	
26180 26202 29900 27600 30002 30760 31360 31702	
32060 33760 34402 36102 36860 38202 38602 42300	
42660 42902 44560 47902 47302 48402 51900 52202	
55302 58460 59702 58300 60250 60802 61460 64902	
64960 66800 68300 67300 69260 69660 70502 70800	
78802 78702 79502 82002 82002 84150 80402 90480	
91050 91102 91002 92480 98902 104302 103902 108800	
109002 109802 106800 109002 109800 118102 118100	
114780 115202 118260 116802 117402 117400 117702	
118702 119460 119002 121460 121800 122302 123002	
124480 124960 124900 125100 125202 125302 126702	
130960 131700 132880 135000 134802 135802 138600	
138760 139300 139660 143160 143660 148200 149202	
149780 150502 154000 155160 160900 161900 163160	
160802 160900 167180 167600 167702 168660 169060	
169800 169860 171802 172302 173350 173800 176802	
180002 181280 184260 186160 186780 187800 188802	
192280 192560 194960 197802 197802 199760 200102	
201702 202602 202902 203702 204002 205360 208400	
210002 211960 213860 214300 214850 216002 216480	
219002 219000 219102 219002 220802 220800 223802	
226460 226780 228002 227002 228002 228960 231900	
232780 233660 234402 237460 237460 240580 240460	
241702 241860 242700 251260 252002 258102 257600	
260302 261102 263880 263160 264100 268002 268960	
278102 278700 279860 279660 279102 279202 279300	
280480 280902 281100 281702 282790 284802 285060	
288180 288202 287802 287500 287900 289100 292460	
294202 295002 295960	

Auf alle Gewinner von 1 bis 300 000 RM auf die Zahlen 02 und 00 geben und nicht mit einem anderen Gewinn gezogen wurden, entfällt der Gewinn von 100 RM.

Allg. Ortskrankenkasse Hn.-Weidensee
 Am Dienstag, 22. Juli, abends 7 Uhr, findet in Berlin-Weidensee, im Restaurant „Zum Verleiner Hof“, Antiquar, eine außerordentliche Ausschüttung statt mit folgender Tagesordnung:
 1. Bericht des Vorstandes. 2. Rechnungsabrechnung (Beratung der Beiträge). 3. Kassensachverhalt.
 Zum Eintritt berechtigt sind nur die mit einer Legitimation versehenen Ausschüttungsglieder.
 Der Vorstand:
 Brichmüller, Vorsitzender.

Allgem. Ortskrankenkasse für Berlin-Dichtersfeld
 Der 17. Nachtrag zur Satzung, bezügl. die Wänderung des § 33 (Familienhilfe) besteht, ist vom Oberverwaltungsamt unter dem 5. Juli 1924 genehmigt worden und tritt mit dem 1. Juli 1924 in Kraft.
 Besondere Mitteilung wird den Ausschüttungsgliedern noch zugehört.
 Berlin-Dichtersfeld, 12. Juli 1924.
 Der Vorstand:
 G. Meißel, Vorst. G. Sanderberg, Schriftf.

Komische Oper Direktion: James Kiell
 8 Uhr Letzter Monat! 8 Uhr

Die tanzende Prinzessin
 Von Walter Kollo
 Parkett 1.50—5.00 Mark

Volkstheater!
Kosen
 für Sport, Beruf und Straße.
 Manufaktur- und Modewaren.
 Caden- und Sommerkleidung.
 Auszüge für Herren u. Knaben.
 Senden & Caden & Unterhofen.
 für gut, viele Wer. täglich neu.

Berufskleidung!
Gerhard Kohlen
 Neukölln
Hermannstr. 75-77.

Auf Teilzahlung
 1/3 Anzahlung Rest in 10 Monatsraten
 zu Ladenpreisen kaufen Sie eleganteste Herren- und Damenkleidung

Herrengarderoben
 Angutler, Straße u. Sport (erst mit 2 Jahren), Calson u. Smiting, Cooverco, u. Heringer, Valletto, Impregn. Garberobensdruck und Vogeler Bodenmantel bei

Albert Schenk
 Adloner Straße 127
 Hof rechts, links, oben.
 Besondere Vorteile für „Kassen“, Gewerkschaften und Studenten.
 Der gefasste Gegenstand wird sofort bei Erlegung der Anzahlung in Empfang gegeben.
 Geschäftstagen 9—7 Uhr.

Teppiche
 neuwertig, direkt Fabrik
Bernhard Ströhm
 77 Welles 77 Pl. Spittelmarkt.
 G. Seydell u. Nikolai Burg Pl. 2
 111a Steppherwerb ausgeführt.

Servus
Terpentin-Schuhputz
 macht wasserdicht
 Chem. Werke Lohmeyer & Co. A.-G., Berlin-Lichtenberg

Verkäufe
Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Damenmäntel, Damenkleider, Sommerkleide 3.95, Winterkleide 4.95, Rüschenkleider 4.50, 5.50, Kostümkleider 7.50, 10.—, 12.— usw., einschläfende Robenkleider, Pongolmäntel 8.—, Tuchmäntel 7.—, Conocoalmäntel 8.—, Staubmäntel 10.—, Hecokalmäntel 13.—, impregnante Conocoalmäntel 13.—, Damenpullovermäntel 15.—, Hecokalmäntel, hirsche, Wollstoff, Sammet, Spitzen, 15, Bekleidungsstücke.

Möbel
Metallbetten, Kaffeeautomaten, Patentmatrasen, Gabelstangen, Mäler, Säcke, barbeschränkt erhältlich.

Kaufgesuche
Wahrscheinlich, Reparaturen, Konstruktionsstücke 21.
Wahrscheinlich, Kauf, Eisenbahn 21.

Wahlung jeder Verträge, auch Maße und Gerberei, Selbstausgabe, Musikkonzerte 7.

Musikinstrumente
Violen preiswert, Klaviermodelle, Einteil, Brannenstraße 33.
Violen, vollständige Instrumente, bequeme Bedienung, Saiten, Oranien, Dusseldorferstraße 42.

Verschiedenes
Großhandels-Unterwäsche, Schamane, Silberwaren, Silberbesteck 21.
Herren- und Damenkleidung, Frauen, Mädchen, langjährige Erfahrung, staatlich geprüft, Weiß, Wiener Straße 10, Drittes Tor, 11.

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Dachbeder, tüchtige u. preiswürdige, werden sofort eingestellt, Wilmers, Dusseldorferstraße, Schöneberg-Str., 60. Nummer, Straße 12.